

**Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Bettina Stüssi/Yasemin Cevik, SP/Katharina Gallizzi, GB): Lohnerhöhung für städtische Angestellte**

Wir fordern den Gemeinderat auf, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern eine Vorlage auszuarbeiten, welche eine generelle Lohnerhöhung in der Grössenordnung von 5% für das städtische Personal beinhaltet.

*Begründung*

In den letzten 25 Jahren haben die Angestellten der Stadt Bern über 14 Haushaltsverbesserungsmassnahmen-Pakete solidarisch mitgetragen. Mit ihrem kompetenten und effizienten Einsatz sorgen sie täglich für eine erfolgreiche und lebenswerte Stadt Bern. Der Gemeinde Bern geht es heute finanziell gut. Sie konnte in den letzten Jahren Schulden abbauen und dank hoher Attraktivität hat die Bevölkerung zugenommen, Betriebe sind zugezogen und damit die Steuereinnahmen gestiegen. Trotz dieser mittlerweile gesunden finanziellen Situation gab es für das städtische Personal seit 1988 keine Realloohnerhöhung mehr. Dies schlägt sich zunehmend auf die Stadt als Arbeitgeberin nieder. Sie ist mit ihren Löhnen nicht konkurrenzfähig. Bund, Kanton und staatsnahe Betriebe, die in der Region ebenfalls viele Personen in der Verwaltung beschäftigen, bezahlen höhere Löhne als die Stadt. Zudem macht es der Fachkräftemangel immer schwieriger, qualifizierte Personen zu finden, die sich auf eine Stelle bei der Stadt bewerben. Weil auch aufgrund der bestehenden „Lohndeckelung“ der finanzielle Spielraum der Stadt im Wettbewerb um Arbeitskräfte nicht allzu gross ist, versucht sie mit vorteilhaften Anstellungsbedingungen (z.B. flexiblen Arbeitszeitmodellen, 4 Wochen Vaterschaftsurlaub) zu punkten. Allerdings ist die Stadt bezüglich Arbeitsbedingungen lange nicht-einsame Spitzenreiterin und es gibt Defizite; beispielsweise haben städtische Angestellte (21. bis 50. Altersjahr) lediglich 22 Tage Ferien pro Jahr. Zudem läuft bei krankheitsbedingtem Lohnausfall das Krankentaggeld über 360 Tage, nicht, wie heute üblich, über 730 Tage. Besonders stossend ist dabei, dass die Stadt Bern 0,4% vom Lohn für die Lohnfortzahlungspflicht abzieht, während beispielsweise ewb einen Krankentaggeldabzug von 0,2% vom Lohn für die 730 Tage macht. Die Konkurrenzfähigkeit ist also vielschichtig zu betrachten, wobei die Entlohnung eine zentrale Rolle spielt. Angesichts dieser Umstände ist eine generelle Lohnerhöhung in der Grössenordnung von 5% für die städtischen Angestellten unumgänglich. Höhere Löhne stärken die Kaufkraft und sind volkswirtschaftlich von grossem Nutzen. Die Stadt ist finanziell in der Lage, diese Mehrkosten zu tragen: Der jährliche Personalaufwand (inkl. Sonderrechnungen) beträgt rund 320 Mio. Franken (Jahresrechnung 2016 Band 1, Seite 86). 5% davon entsprechen rund 16 Mio. Franken. Abzüglich der Einsparungen von mindestens 2'921'363<sup>1</sup> Franken, die sich infolge des Primatwechsels der PVK ergeben (Gemeinderatsvorlage zum Primatwechsel, Anhang 1), ist somit mit einem Personalaufwand von neu rund 333 Mio. Franken zu rechnen.

Bern, 15. Juni 2017

*Erstunterzeichnende: Bettina Stüssi, Yasemin Cevik, Katharina Gallizzi*

*Mitunterzeichnende: Lena Sorg, Michael Sutter, Lukas Meier, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler, Martin Krebs, Timur Akçasayar, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Ladina Kirchen Abegg, Fuat Köçer, Rithy Chheng, Katharina Altas, Nadja Kehrl-Feldmann, Peter Marbet, Mohamed Abdirahim, Johannes Wartenweiler, Tamara Funicello, Rahel Ruch, Lea Bill, Ursina Anderegg, Franziska Grossenbacher, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Eva Krattiger, Seraina Patzen, Benno Frauchiger, Regula Bühlmann*

---

<sup>1</sup> Diese Annahme geht von einer jährlichen Lohnerhöhung von 1,75% aus. Das heisst bei 5% steigt diese Einsparung an.

## **Antwort des Gemeinderats**

Verschiedene parlamentarische Vorstösse fordern nebst Realloohnerhöhungen grundsätzliche Änderungen am Lohnsystem der Stadt Bern. Der Gemeinderat hat im Rahmen der Antwort auf die Motion Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz, GB): Städtisches Lohnsystem auf den Stand der Zeit bringen vom 6. April 2017 (2017.SR.000091) ausführlich Bericht erstattet. Ergänzend zu den folgenden Ausführungen wird deshalb auf seine Antwort vom 20. September 2017 verwiesen.

Die Stadt ist eine attraktive Arbeitgeberin. Dies bestätigen die Ergebnisse der Mitarbeitendenzufriedenheitsbefragung 2017. Diese ist nun ausgewertet und die Resultate wurden am 23. November 2017 veröffentlicht. Hinsichtlich der Lohnzufriedenheit liefert die Befragung aufschlussreiche Erkenntnisse: Grundsätzlich wurde die Lohnsituation von 70,3 Prozent der Mitarbeitenden positiv beurteilt. Bei der letzten Durchführung der Umfrage 2013 lag der Wert noch bei 67 Prozent. Die Verbesserung der Lohnzufriedenheit trat ein, obschon die Stadt gemäss den Ausführungen der Motionärinnen in diesen vier Jahren lohnmassig zusätzlich ins Hintertreffen gelangt ist. Erfreulicherweise zeigen die Massnahmen, welche der Gemeinderat seit der Einführung des Lohndeckels aufgrund der Initiative "200 000 Franken sind genug" im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergriffen hat, Wirkung.

Trotz der hohen Zufriedenheit der städtischen Mitarbeitenden mit ihrem Lohn ist sich der Gemeinderat bewusst, dass eine Diskrepanz besteht zwischen den städtischen Löhnen und den Löhnen, die Bund, Kanton und staatsnahe Betriebe im Raum Bern bezahlen. Am Ende des Monats zählt für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter schliesslich, wie viel Geld auf das Lohnkonto einbezahlt wurde. Der Gemeinderat anerkennt, dass die Stadt bezüglich Realloohnerhöhung Handlungsbedarf hat, will sie gegenüber ihren Konkurrentinnen um Fachkräfte nicht noch mehr ins Hintertreffen gelangen. Bereits heute ist es in gewissen Bereichen aufgrund der Lohnvorstellungen von potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schwierig, geeignetes Personal anzustellen.

Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat zum Legislaturziel 2 "Die Stadt Bern sorgt für chancengerechten Zugang zu Bildung und Arbeit" als konkrete Massnahme eine Realloohnerhöhung für das städtische Personal beschlossen. Bei der Umsetzung dieser Massnahme wird unter anderem das mittlerweile schon über 40-jährige, vor fünf Jahren leicht modifizierte, Lohnsystem zu überprüfen sowie eine weitere Attraktivierung der Arbeitsbedingungen der Stadt Bern zu prüfen sein. Es ist vorgesehen, dem Stadtrat noch in dieser Legislatur eine Vorlage zur Realloohnerhöhung zu unterbreiten. Die fix in der Grössenordnung von 5 Prozent geforderte generelle Lohnerhöhung engt den Handlungsspielraum für die weiteren Arbeiten unnötig ein. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat, die vorliegende Motion als Postulat entgegzunehmen.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen.

Bern, 13. Dezember 2017

Der Gemeinderat